

Rat ist gegen Suez-Erweiterung

Politik fordert Bezirksregierung dazu auf, den Ausbau der Anlage abzulehnen. Änderung des Bebauungsplans soll weitere Anträge der Firma verhindern

Von Lars-Oliver Christoph

Die Herne Politik hat ein klares Signal gesetzt: Einstimmig verabschiedete der Rat am Dienstag eine Resolution gegen die von der Firma Suez beantragte Erweiterung der Verbrennungsanlage Südstraße. Der Rat forderte die zuständige Bezirksregierung Arnsberg auf, die Genehmigung nicht zu erteilen. Und: Durch eine Änderung des Bebauungsplans sollen in Zukunft Erweiterungen verhindert werden.

Eine solche Anlage passe nicht ins Ruhrgebiet und schon gar nicht in eine dicht besiedelte Stadt wie Herne, so der einmütige Tenor im Rat. Die Verabschiedung der Reso-

lution sei ein „fast einmaligen Vorgang“, sagte Pascal Krüger (Grüne). Es sei nicht hinnehmbar, dass Bürger noch stärker belastet würden. Krüger und SPD-Fraktionschef Udo Sobieski erinnerten daran, dass es seit der Inbetriebnahme einer „Versuchsanlage“ für die Aufbereitung belasteter Böden im Jahr 1993 bereits 21 Genehmigungen für Erweiterungen gegeben habe. Die SPD kämpfe zwar sonst um jeden Arbeitsplatz, doch dieser Betrieb dürfe langfristig keinen Bestand in Herne haben, so Sobieski.

Die Resolution sei ein starkes Signal, sagte CDU-Fraktionschefin Bettina Szelag. Die Stadt sei im Genehmigungsverfahren zwar ein



Der Rat sagt Nein zur Erweiterung der Suez-Anlage in Herne-Süd. FOTO: RB

„zahnloser Tiger“, doch: „Brüllen kann ein Tiger auch ohne Zähne.“ Szelag und OB Frank Dudda betonten, dass die Entscheidung über die Erweiterung noch nicht gefallen seien. Arnsberg habe zugesagt,

die auf der Informationsveranstaltung der Stadt (siehe Kasten) vorgebrachten Fragen und Einwendungen ins Verfahren einzubeziehen.

„Mir ist heute ein Stein vom Herzen gefallen. Das ist ein Tag der Hoffnung für alle Herne“, sagte Klaudia Scholz, Linke-Ratsfrau und Sprecherin der Bürgerinitiative „Dicke Luft“. Ihrem Lob für die Geschlossenheit der Politik und dem Dank an engagierte Bürger ließ sie auch Kritik folgen. Stadt sowie SPD und CDU seien bisher zu passiv gewesen: „Das war ein klares Versagen.“ Das sah Sobieski anders: Die Politik habe in der Vergangenheit das Problem immer wieder thematisiert, sagte er.

KOMMENTAR

Von Lars-Oliver Christoph



Überzeugendes Signal

Der Rat hat ein klares und überzeugendes Signal gesetzt. Auch wenn es in der Vergangenheit in Teilen der Politik und vor allem auf Seiten der Stadt einige Versäumnisse gegeben hat, so sollten alle nun das gemeinsame Ziel ins Auge fassen.

Allen Beteuerungen zum Trotz: Die Entscheidung für die von Suez

beantragte Erweiterung der Anlage dürfte längst gefallen sein. Daran wird auch die von der Stadt einberufene Informationsveranstaltung nichts ändern. Dieses Treffen und der Ratsbeschluss sollten vielmehr als Startschuss für einen längeren Kampf gegen die Suez-Anlage genutzt werden. Eine Anlage, die in Herne niemand möchte. Aus gutem Grund.

Bezirksregierung und Firma informieren

■ **Auf Einladung** der Stadtverwaltung werden am heutigen Mittwoch die für die Genehmigung zuständige Bezirksregierung Arnsberg sowie die Firma Suez über die Erweiterung der Anlage in Herne-Süd informieren.

■ **Die öffentliche Veranstaltung** beginnt um 16.30 Uhr im Bürgersaal des Sud- und Treberhauses am Eickeler Markt 1.

Stadt räumt rechtliche Zweifel aus

Ergänzend zur Resolution brachten SPD und CDU im Rat den Antrag ein, den Bebauungsplan für die Südstraße so zu ändern, dass zumindest nach dem aktuellen Genehmigungsverfahren keine Erweiterungen mehr erlaubt sind. Ist das rechtlich überhaupt möglich? Ja, begegnete Umweltdezernent Karlheinz Friedrichs im Rat einigen Zweifeln. Dank einer 2017 erfolgten Gesetzesänderung sei dies für potenzielle Störfallbetriebe wie Suez durchaus denkbar.

Die Resolution im Wortlauf auf waz.de/herne

